



Donnerstag, 09.12.2021

Ausgabe 06/2021

Inflation wird von Notenbanken geplant und erzeugt!

Liebe Leser,

nachdem im Oktober 2021 die Inflation der US-Konsumgüterpreise auf 6,2 Prozent gestiegen war, durfte man auf die neuesten deutschen Inflationsdaten gespannt sein. Das Statistische Bundesamt meldete für November 2021 eine voraussichtliche „Inflation der Verbraucherpreise“ von 5,2 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Damit ist seit dem Jahr 1992 die deutsche Inflation nicht mehr so hoch gewesen wie im ablaufenden Monat.

Man sollte nicht meinen, jetzt sei die Teuerung bei uns angekommen. Sie war schon lange da, und zwar in verschiedenen Vermögenmärkten. Die Preisinflation zeigte sich in stark steigenden Preisen für Aktien, Unternehmen, Anleihen, Häusern und Grundstücken. Die Vermögenspreis-Inflation wird vermutlich von der Bevölkerungsmehrheit nicht wahrgenommen, obwohl sie die Kaufkraft des Geldes genauso herabsetzt wie die Konsumgüterpreis-Inflation.

Nun aber ist die Preisinflation für alle "sichtbar" geworden: Sie erfasst die Güter des täglichen Bedarfs und die Menschen bemerken das schmerzlich beim Einkaufen.

1. Die deutschen Erzeugerpreise stiegen im Oktober um 18,4 Prozent!

Für Oktober meldete das Statistische Bundesamt eine regelrechte Explosion der Erzeugerpreise von 18,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Es ist der stärkste Preiszuwachs seit November 1951. Somit erhöhten sich die Preise für gewerbliche Produkte so stark, wie zuletzt vor 70 Jahren! In der Statistik werden diese Preise ab Fabrik geführt, also in der Regel bevor die Produkte weiterverarbeitet werden oder in den Handel kommen.

Haupttreiber der Entwicklung waren Preissprünge bei Energie, die im Oktober im Durchschnitt um 48,2 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat zulegten. Besonders deutlich verteuerten sich Erdgas (plus 81,4 Prozent) und Strom (49,6 Prozent).

Die Produzentenpreise gelten als Frühindikator für die Entwicklung der Inflation. Die stark steigenden Erzeugerpreise deuten darauf hin, dass die Verbraucher mit einer anhaltend starken Teuerung rechnen müssen.

2. Die EZB bemüht sich seit vielen Jahren, eine Teuerung der Konsumgüter-Preise zu bewirken!

Wenn man bei Google den Suchbegriff „EZB will Inflation anheizen“ eingibt, erscheint unter den ersten angezeigten Treffern, ein Bericht der Süddeutschen Zeitung vom **21.11.2014**. Darin heißt es:



„EZB-Präsident Mario Draghi will die schwache Teuerung in der Euro-Zone mit allen Mitteln anheizen: „Wir werden tun, was wir tun müssen, um die Inflation und die Inflationserwartungen so schnell wie möglich zu erhöhen, wie es unser Auftrag verlangt,“ ...“

Ebenfalls unter den ersten Treffern wird ein Bericht der „Stuttgarter Zeitung“ vom **09.03.2017** angezeigt. Darin heißt es:

„Die Europäische Zentralbank (EZB) bleibt trotz steigender Teuerungsraten bei ihrer umstrittenen Geldpolitik. „Es ist noch zu früh für eine Siegeserklärung an der Inflationsfront“, sagte Notenbankpräsident Mario Draghi.

Der Chef des Münchener ifo-Instituts, Clemens Fuest, rief die Notenbank zum Kurswechsel auf: „Die EZB sollte ihre Geldflut eindämmen, sonst besteht die Gefahr, dass sie über ihr Ziel hinausschießt“, sagte er mit Blick auf die Inflationsentwicklung.

Die EZB hat ihren Leitzins in der Folge von Finanz- und Eurokrise auf null gesenkt. Überdies hat sie mit dem Kauf von Staatsanleihen und anderen Wertpapieren in den vergangenen zwei Jahren 1,7 Billionen Euro in den Markt gepumpt. Bis zum Jahresende will sie jeden Monat weitere 60 Milliarden Euro drauflegen.

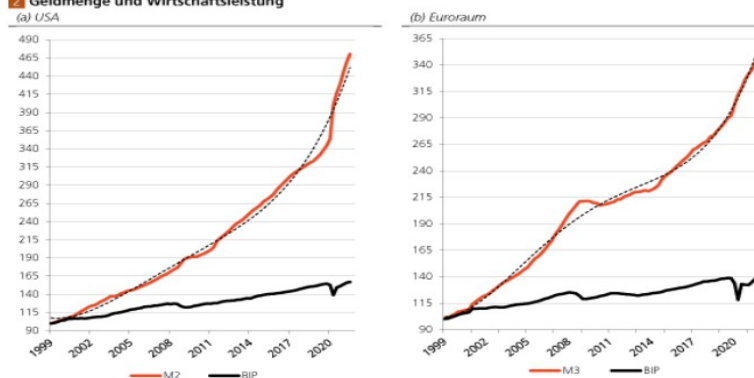
Begründet wurden die Käufe 2015 mit der Gefahr einer Deflation, also einer Abwärtsspirale aus sinkenden Preisen, Gewinnen und Löhnen. Diese Gefahr ist allerdings auch nach Einschätzung der EZB nicht mehr gegeben: „Die Deflationsrisiken sind weitgehend verschwunden“, sagte Notenbankchef Draghi.

Um einen dauerhaften Sicherheitspuffer zu schaffen, strebt die EZB eine Inflationsrate „nahe, aber unter zwei Prozent“ an. Eine Straffung der Geldpolitik zum jetzigen Zeitpunkt könnte dieses Ziel wieder infrage stellen, argumentierte Draghi. „Eine großzügige Geldpolitik ist weiterhin notwendig, um Inflationsdruck aufzubauen und die Teuerungsrate auch mittelfristig zu stützen“, teilte der EZB-Rat mit.

3. Warum wollte die EZB eine Teuerung erzeugen?

Der Grund dafür ist in der Struktur des ungedeckten Geldsystems zu finden: Die Kreditvergabe der Banken führt zu einer Ausweitung der Geldmenge. Durch das Ausreichen von Krediten, kommt es bei den Banken zu einer Bilanzverlängerung. Sowohl Bilanzaktiva, als auch -passiva erhöhen sich um

Geldmenge und Wirtschaftsleistung



den Kreditbetrag: Auf der Aktivseite nehmen die Kreditforderungen zu, auf der Passivseite die Giroguthaben.

Da die Geldmenge seit vielen Jahren um ein Vielfaches schneller wächst als die Wirtschaft (siehe Grafik), sind steigende Güterpreise eine logische Folge.

Rot: Geldmengen-Wachstum seit 1999

Schwarz: Wirtschaftswachstum (BIP)

Die Bilanzsummen der Banken schrumpfen, wenn Kredite ausfallen oder zurückgezahlt werden. Diese Verringerung der Geldmenge (Deflation) würde tendenziell zu sinkenden Güterpreisen führen. Das wollen Notenbanken nicht zulassen, wie im oben zitierten Bericht der „Stuttgarter Zeitung“ erwähnt:

„Begründet wurden die Käufe (der Anleihen; Anm. der Red:) 2015 mit der Gefahr einer Deflation, also einer Abwärtsspirale aus sinkenden Preisen, Gewinnen und Löhnen.“

Was passiert, wenn es zu einem Rückgang der Güterpreise auf breiter Front käme?

In einem ungedeckten Geldsystem, in dem die Kredit- und Geldmengen ständig ausgeweitet werden müssen, entsteht eine gefährliche Entwicklung, wenn aus einer Güterpreis-Inflation eine Güterpreis-Deflation wird:

Ein Absinken der Güterpreise reduziert die Gewinne der Unternehmen. Dadurch wird es für Unternehmen schwieriger, den Schuldendienst leisten zu können. Sinkende Gehälter würden Immobilienbesitzer, die mit Krediten finanziert haben, unter Druck setzen. Banken hätten vermehrt notleidende und ausfallende Kredite in ihren Büchern. Die Neukreditvergabe käme ins Stocken.

Und versiegt der Zufluss von neuen Krediten und somit neuem Geld, ist die "große Krise" da: Sicherlich müssten dann viele große Schuldner – auch Staaten und Banken - „Insolvenz anmelden“. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass die Volkswirtschaften einem solchen Szenario zu entkommen suchen, mit allen Mitteln, und so lange es eben geht.

Das jedoch erfordert, dass der Kredit- und Geldmengenzufluss in Gang bleibt, nicht ins Stocken gerät, dass keinesfalls die Kredit- und Geldmengen abnehmen. Darum sahen wir auch das massive Eingreifen der Zentralbanken in der Krise 2008/2009 und Anfang 2020: Mit Niedrigzinsen und direkten Geldspritzen sollte die Kreditkrise, der Zusammenbruch des ungedeckten Geldsystems abgewendet werden.

Mittlerweile reichen einmalige "Notfalleinsätze" der Zentralbanken nicht mehr aus, sondern es bedarf dauerhafte, kaum mehr umkehrbare Unterstützungsprogramme.

4. Notenbanken behaupten, die hohen Inflationsraten wären nur "vorübergehend"

Die EZB hält den Preisaufrtrieb der Güterpreise für eine vorübergehende Situation und erwartet eine Absenkung im Laufe des kommenden Jahres. EZB-Direktorin Schabel sagte am 29.11.21 im ZDF:

"Wir gehen davon aus, dass im November der Höhepunkt der Inflationsentwicklung erreicht ist und dass die Inflation im kommenden Jahr wieder allmählich zurückgehen wird, und zwar in Richtung unseres Inflationsziels von zwei Prozent."

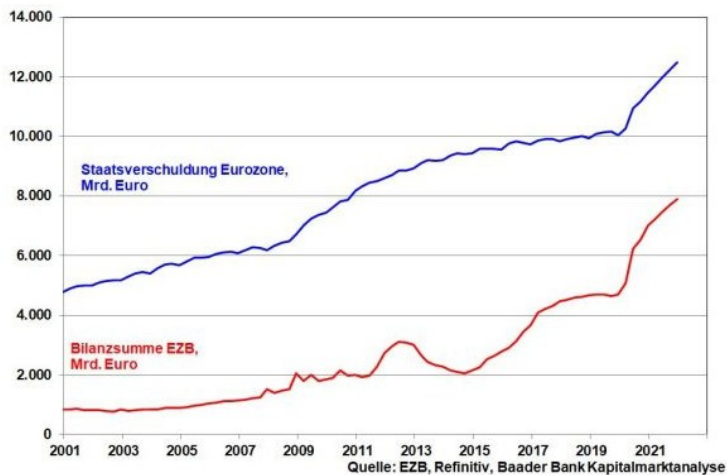
Auch die Fed hält an ihrer Interpretation fest, dass der Inflationsanstieg in den USA nur "vorübergehender" Natur sei und es keinen raschen Anstieg des Leitzinses bedarf. Fed-Chef Powell erweckt den Eindruck, die steigende Güterpreis-Inflation sei eine Folge-Erscheinung des Lockdowns, der wiederum Lieferkettenprobleme und den Anstieg der Energiepreise verursacht hat.

Völlig ausgeblendet wird dabei die gewaltige Geldmengenexpansion, für die die Fed gesorgt hat. Allein seit Anfang 2020 ist die Geldmenge M2 um 36 Prozent gestiegen, und die Geldmenge wächst nach wie vor mit 13 Prozent gegenüber dem Vorjahr und treibt die Preisinflation auf den Güter- und Vermögensmärkten weiter an.

5. Die EZB sagt nur „die halbe Wahrheit“

Auf der EZB-Website wird das Ansteigen der Güterpreise so erklärt:

"Dies geschieht hauptsächlich aus drei Gründen: dem schnellen Wiederhochfahren unserer Wirtschaft, der Tatsache, dass höhere Energiepreise die Inflation nach oben treiben und einem Umstand, der in der Statistik "Basiseffekt" genannt wird." Damit ist die vorübergehende Senkung der Mehrwertsteuer im letzten Jahr gemeint.



Mit keiner Silbe erwähnt die EZB, dass sie die Geldmenge in den letzten Jahren exzessiv ausgeweitet hat und dass dies eine wesentliche Ursache der Güterpreis-Inflation ist.

So hat sie dafür gesorgt, dass die Geldmenge M3 seit Ende 2019 um 18 Prozent angestiegen ist, während die Wirtschaft stagnierte.

Seit 2015 hat die EZB ihre Bilanzsumme sogar ver-4-facht – siehe rote Linie. Es sollte sich niemand über Preissteigerungen wundern.

6. Inflationserwartungen sollen niedrig gehalten werden

Inflationforscher weisen immer wieder darauf hin, dass die Inflationserwartung einen sehr hohen Einfluss auf die tatsächliche Teuerung hat. So führen positive Schocks der Inflationserwartung zu einer erhöhten tatsächlichen Teuerung, wobei die Preise im Lebensmittelhandel einen besonders großen Einfluss haben.

Konsumenten verankern ihre Inflationserwartungen auf Grundlage der eigenen Erinnerung an gezahlte Preise, insbesondere für Produkte aus dem Supermarkt. Steigende Supermarkt-Preise führen in der Bevölkerung zu einer höheren Inflationserwartung und damit droht die Gefahr einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung und eine sich immer stärker beschleunigende Inflation.

Für die Zentralbanken ist es daher zentral, niedrige und stabile Inflationserwartungen zu verankern und diese Erwartungen zur Stärkung der eigenen Glaubwürdigkeit zu erfüllen. Andernfalls droht der Notenbank ein Glaubwürdigkeitsverlust, der ebenfalls zu höheren Inflationserwartungen führt.

7. Wenn die Notenbanken Teuerung bekämpfen wollten, müssten sie die Zinsen erhöhen

Das Problem mit der Güterpreis-Inflation ist nun, dass sie, wenn sie erst einmal in Gang gesetzt wurde, nur schwer wieder zu stoppen ist. Denn das Beenden der Güterpreis-Inflation erfordert ein Abbremsen der Geldmengenvermehrung, beziehungsweise steigende Notenbank- und Marktzinsen.

Und das wiederum kann nur allzu leicht eine erneute Finanz- und Wirtschaftskrise auslösen, die umso schwerer ausfallen wird, je länger die Inflationsphase angedauert hat. Höhere Zinsen könnten ganze Branchen in die Rezession schicken und damit die Arbeitslosigkeit erhöhen.

Vor allem wenn die Zahlungsfähigkeit von Staaten vom Zugang zu billigen Notenbankkrediten abhängt, ist die Gefahr besonders groß, dass es nicht gelingt, frühzeitig, in „weiser Voraussicht“ aus der Inflationierungspolitik auszusteigen.

8. Die Preisinflation ist weder ein Unfall, noch eine Naturkatastrophe



„Die Inflation kommt nicht über uns als ein Fluch oder als ein tragisches Geschick; sie wird immer durch eine leichtfertige oder sogar verbrecherische Politik hervorgerufen.“

—Ludwig Erhard

Die Inflation wird von den Zentralbanken bewusst in die Höhe getrieben, um Schulden zu entwerten und heutzutage vor allem: überschuldete Staaten und Banken, das Wirtschafts- und Politikgebäude vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Ludwig Erhard war nicht nur Politiker, sondern auch Wirtschaftswissenschaftler. Er gilt als „Vater des deutschen Wirtschaftswunders“. Von 1949 bis 1963 war er Bundesminister für Wirtschaft und anschließend noch drei Jahre Bundeskanzler.

9. Ausweitung der Geldmenge und die Folgen

Die Güterpreis-Inflation ist die Folge einer übermäßigen Geldmengenausweitung. Seit Frühjahr 2020 haben die Notenbanken für eine besonders exzessive Geldmengenflut gesorgt und jetzt kommt die Rechnung in Form stark steigender Preise ans Licht. Die Kaufkraft des Geldes schwindet immer schneller. Die EZB hat die Geldmenge M3 seit eineinhalb Jahren um 18 Prozent durch neu gedrucktes Geld erhöht, um die Folgen, der von den Regierungen beschlossenen Lockdowns, finanzieren zu können. Die US-Geldmengenausweitung fiel sogar doppelt so hoch aus.

Der Geldmengenüberhang (siehe Grafik auf Seite 2) schwillt weiter an, weil die Notenbanken damit fortfahren, die Geldmengen mit hohen Raten auszuweiten. In den USA wächst die Geldmenge derzeit um 13 Prozent gegenüber dem Vorjahr, in der Eurozone um acht Prozent.

Ähnlich ist die Situation in vielen anderen Staaten. Der gewaltige Geldmengenüberhang führt unweigerlich zu steigenden Güterpreisen und steigenden Preisen für Sachwerte. Wer Euro oder andere Währungen hält, dem drohen hohe Kaufkraft-Verluste.

10. Warum ist es wahrscheinlich, dass sich die Inflation beschleunigt und uns mehrere Jahre erhalten bleibt?

Die Frage, ob die hohe Inflationsrate nur kurzzeitig oder länger bleibt, lässt sich nur beantworten, wenn man die wesentlichen Ursachen der Güterpreissteigerungen erkennt.

Zentralbanken, Regierungen und einige Mainstream-Ökonomen, die in deutschen Medien immer wieder auftreten und ausnahmslos das Handeln der Notenbanken und Regierungen hochleben lassen, wollen offensichtlich davon ablenken, dass die Zentralbanken die tatsächlichen Verursacher der Preisinflation sind.

In ihren Analysen zur Inflation kommt der wichtigste Faktor „extremes Ausweiten der Geldmenge“ nicht vor, sondern verantwortlich für die Preisinflation ist immer etwas anderes, wie zum Beispiel steigende Energiepreise, Lohnerhöhungen und neuerdings natürlich der C-Virus.

Die Öffentlichkeit soll darüber getäuscht werden, dass es die Notenbanken sind, die mit ihrer exorbitanten Geldmengenflut für steigende Güterpreise sorgen. Man möchte sicherlich auch verhindern, dass Arbeitnehmer auf die Idee kommen, höhere Löhne zu fordern. Dadurch würde die Lohn-Preis-Spirale in Gang kommen und der Aufwärtsdruck auf die Güterpreise würde sich verstärken. Dies dürfte ein wesentlicher Grund sein, warum Notenbanken und zuletzt vermehrt auch Mainstream-Ökonomen, die jetzige Preisinflation als „vorübergehend“ bewerten.

Es ist nicht damit zu rechnen, dass sich die Geldpolitik ändern könnte. Das Drucken von immer mehr Geld und das anschließende Verleihen zu Niedrigstzinsen wird offensichtlich als „alternativlos“ eingeschätzt. Das Motto könnte lauten: Lieber die Geldmenge erhöhen, als eine Rezession und Arbeitslosigkeit erleiden.

Eine extreme Inflationspolitik hat **anfänglich** zweifelsohne Vorteile: Die Konjunktur stabilisiert sich, die Arbeitslosigkeit sinkt, die Unternehmensgewinne steigen und es gibt vor allem weniger Kreditausfälle. Die mittelfristigen Folgen, vor allem die Geldentwertung, werden momentan noch ausgeblendet. Das wird sich im Laufe der Zeit sicherlich noch ändern.

Das weltweite Schuldgeld-System (Geld entsteht durch Schuldenaufnahme) lässt sich vermutlich nur noch vor dem Zusammenbruch bewahren, indem zu Null- und Negativzinsen die Geldmengen immer weiter ausgeweitet werden!

11. Schutz vor Kaufkraft-Entwertung des Gelds

Preissteigerungen kosten Wohlstand, man kann sich weniger leisten. Die große Herausforderung ist es, dem Kaufkraftverlust des Geldes zu entkommen.

Was kann man tun?

Das Investieren in Sachwerte, insbesondere das Halten von physischen Edelmetallen ist für langfristig denkende Anleger nach wie vor geeignet, um der Euro-Geldentwertung wirksam die Stirn zu bieten.

Alles über das [Rohstoffmanagement der SWM AG erfahren, hier klicken!](#)

Gutes Gelingen bei Ihren Entscheidungen

wünscht Ihnen

Ihr

Customer-Service der [SWM AG](#)

eMail: service@sev.li

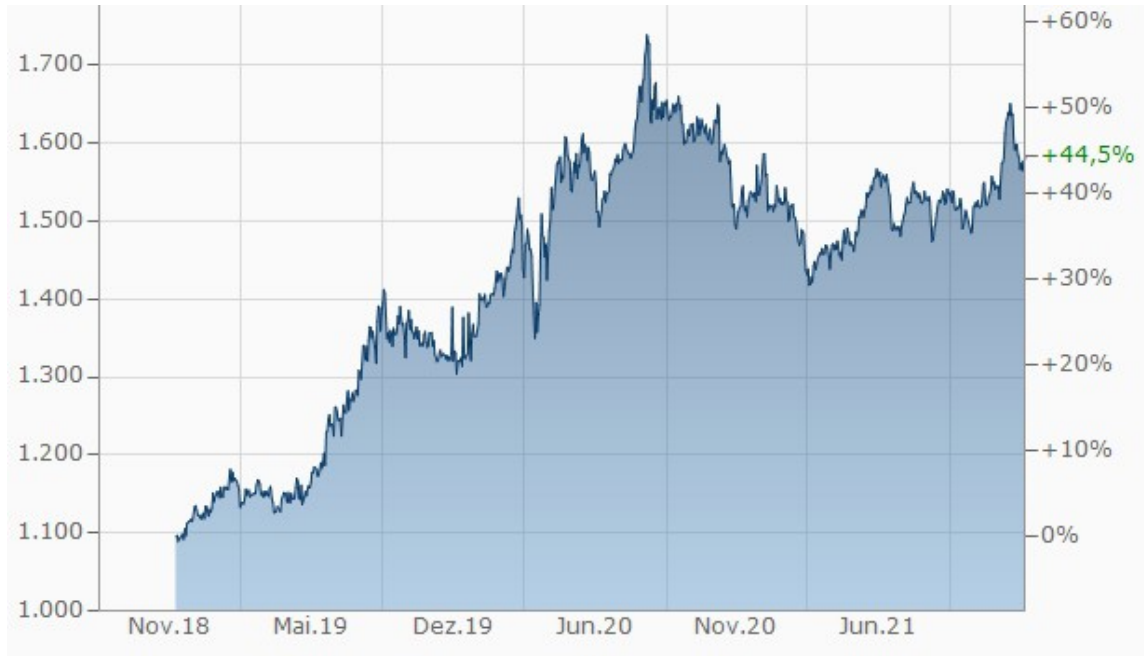
Tel: +423 - 2 300 182



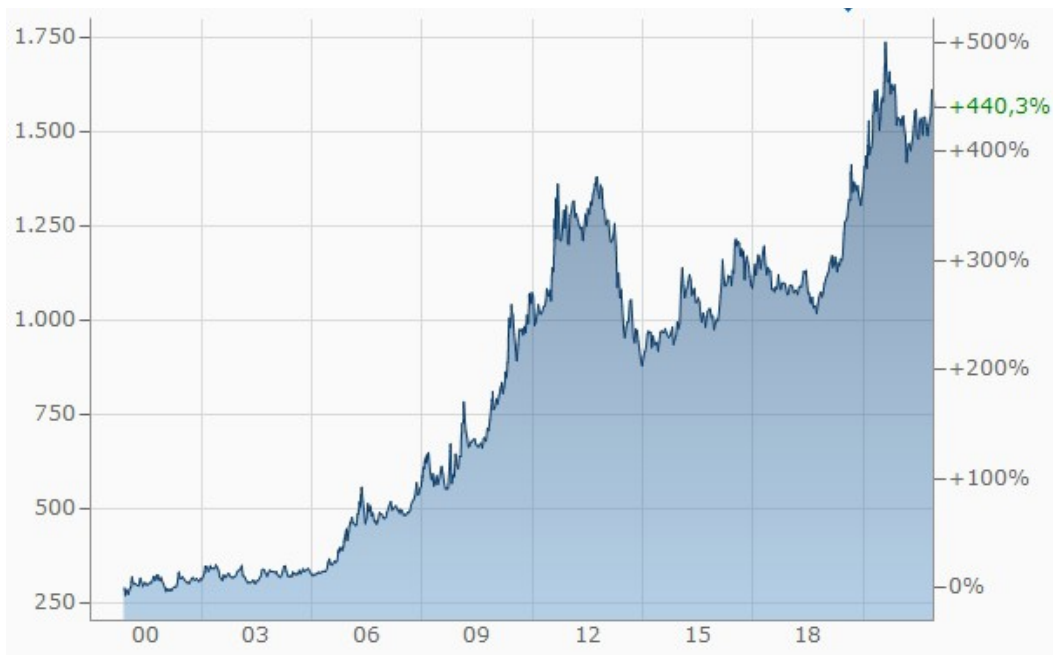
Nachfolgend ergänzende Informationen zu Edelmetallen:

Edelmetalle langfristig:

1 Unze Gold in Euro – letzte 36 Monate:



1 Unze Gold in Euro – letzte 20 Jahre:



Den Video-Kanal der SWM AG finden Sie [hier](#)

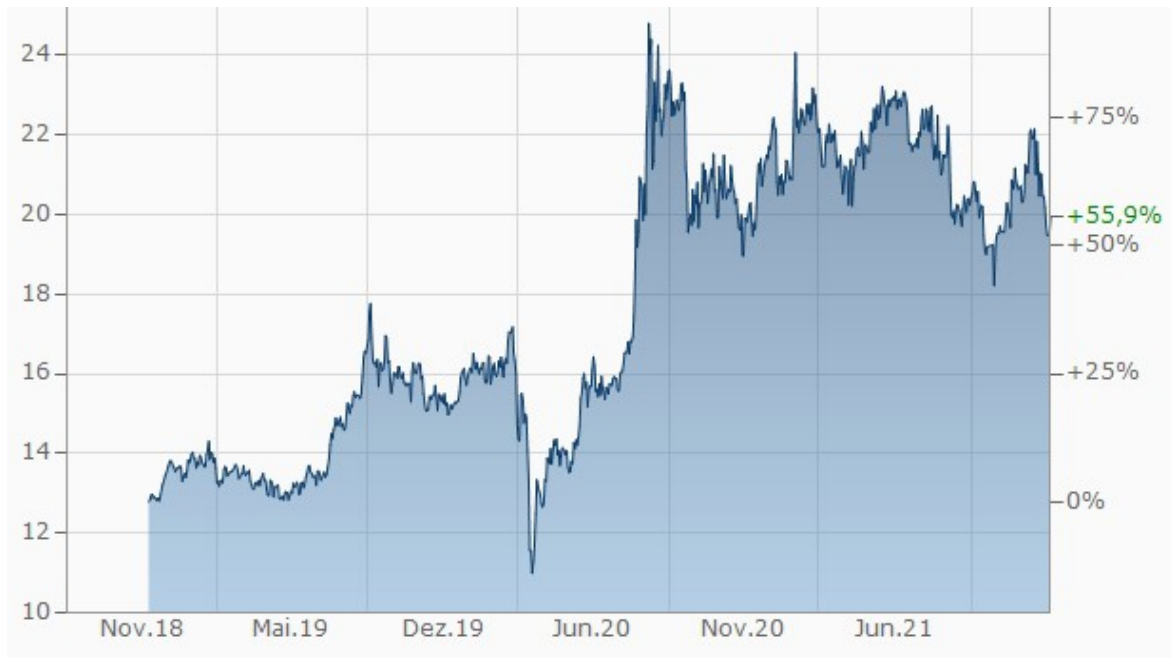
[SWM AG auf Twitter](#)

[SWM AG auf Youtube](#)

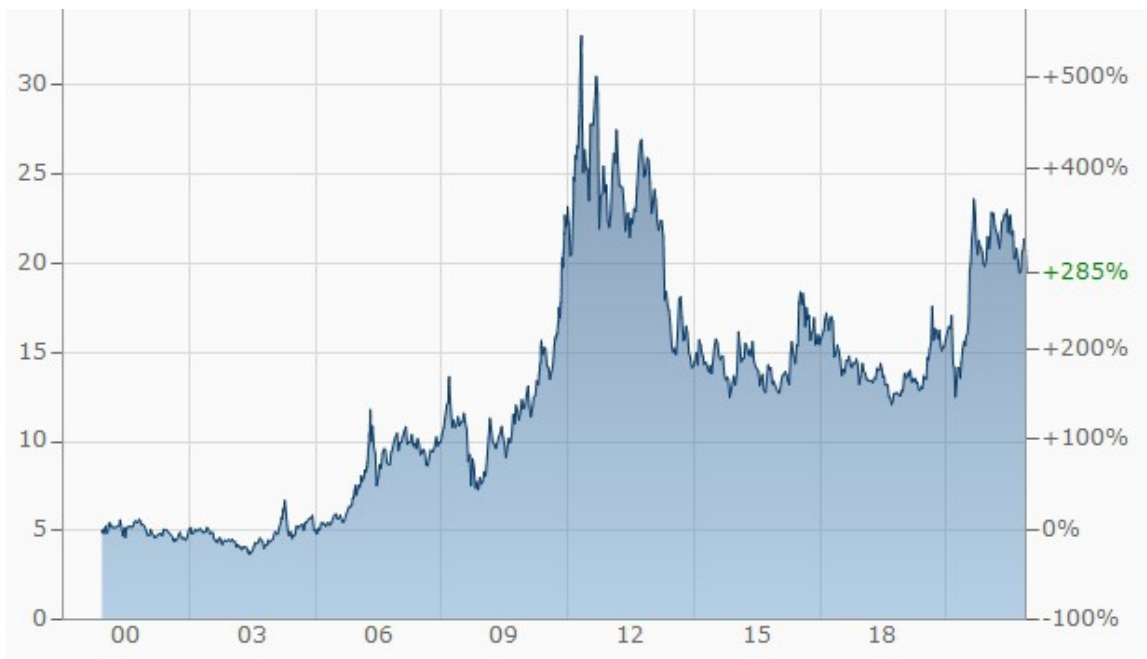
[SWM AG auf Google+](#)

Edelmetalle langfristig:

1 Unze Silber in Euro – letzte 36 Monate:



1 Unze Silber in Euro – letzte 20 Jahre:



Den Video-Kanal der SWM AG finden Sie [hier](#)

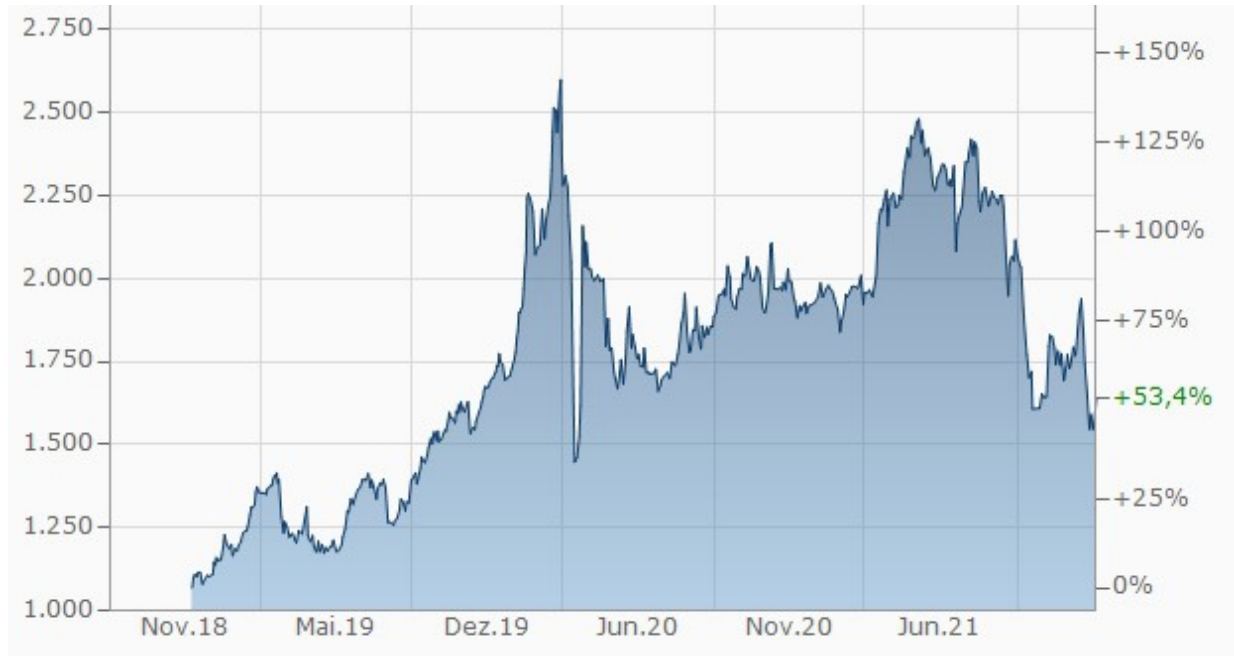
[SWMAG auf Twitter](#)

[SWMAG auf Youtube](#)

[SWMAG auf Google+](#)

Edelmetalle langfristig:

1 Unze Palladium in Euro – letzte 36 Monate:



1 Unze Palladium in Euro – letzte 20 Jahre:



Den Video-Kanal der SWM AG finden Sie [hier](#)

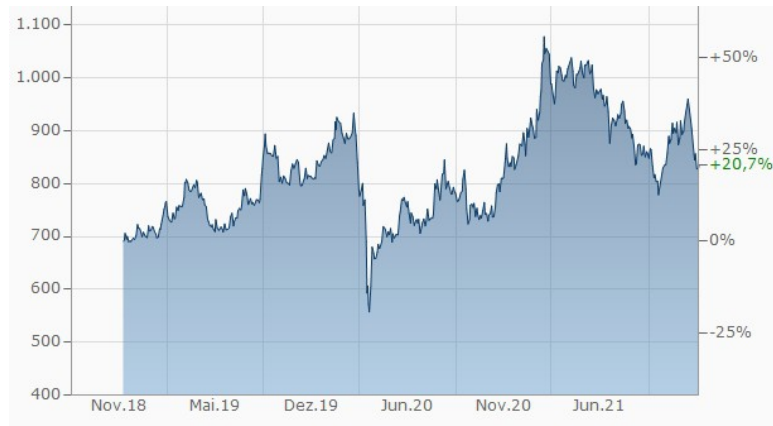
[SWM AG auf Twitter](#)

[SWM AG auf Youtube](#)

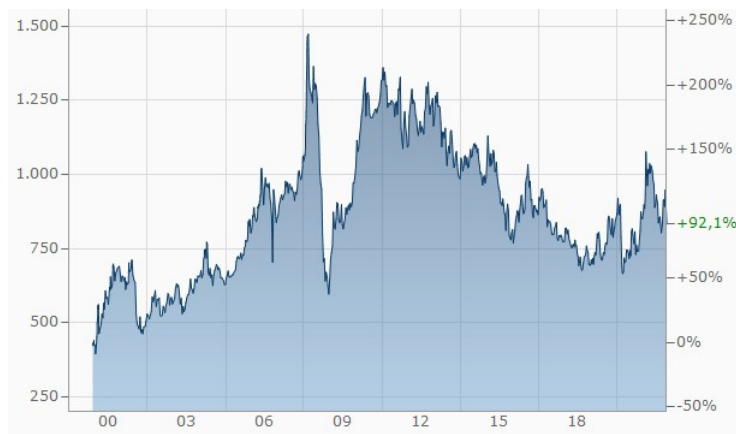
[SWM AG auf Google+](#)

Edelmetalle langfristig:

1 Unze Platin in Euro – letzte 36 Monate:



1 Unze Platin in Euro – letzte 20 Jahre:



Das Newsletter-Archiv der SWM AG finden Sie [hier](#)
Tagesaktuelle Edelmetall-Preise gibt es [hier](#)

Impressum:

SWM AG - Customer Service - Altenbach 17 - FL-9490 Vaduz

eMail: service@sev.li

Website: <http://www.sev.li>

Tel: +423 - 2 300 182



[SWM AG auf Twitter](#)

[SWM AG auf Youtube](#)

[SWM AG auf Google+](#)